

Dresdner Volksblatt

Hauptredaktion: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Allen sagen:
Liste 2 wählen!

Bei Eintritt von Änderungen in der Redaktion ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, bei der Belegung der Dresdner Volkszeitung...
 Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261...
 Druckerei: Die 30 mm breite Kompartimentsgröße 35 Pf., die 40 mm breite Reklamenseite 2 Pf., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 Pf., abwärts Preisberechnung laut Tarif, Familienanzahl, Stellen- u. Briefgebühren 20 Pf. netto, für Briefrückporto 10 Pf. Einzelr. 10 Pf.

Nr. 245 Dresden, Dienstag, den 18. Oktober 1932 43. Jahrgang

Die unentbehrliche Demokratie

Bapens krasse Interessentenhausen

Während zehn Jahre hindurch hat sich die deutsche Nation ehrlich bemüht, vollständige parlamentarische Arbeit zu leisten, die Demokratie zu discredieren. Helfershelfer waren die Nazis und ganz links die Kommunisten. Aber diese haben rechts und links labotierte, gehemmte Demokratie hat immer eine Arbeit geleistet, die sich neben den Pflichten der „autoritären“ Regierungsversuche sehen lassen kann.

Einnmal haben wir es mit Cuno durchgemacht. Eine Regierung deutschnational gefärbter Fachmänner suchte sich ein Parlament unabhängig zu machen. Das Experiment mißglückte im Zusammenbruch des Ruhrkriegs und in der Nacht der Inflation. Jetzt reißt Bapen im Lande an, denn die Weidertis nicht halten, läßt Wahlreden für die deutschnationalen los, bewährter sich, sein Programm und sein Kabinett. Die kapitalistische Presse landauf, landab macht den Mummel geschäftig mit und weiß doch ganz genau, welchen Schwindel sie inszeniert. Denn selten haben politische Ideen so rasch Schiffbruch gelitten wie die der autoritären Regierung Bapen-Schleider. Der Versuch, sämtliche bankrotter ostelbischer Agrarier nur noch keine Elemente ausländischer Einfuhr hereinzulassen, darf schon als gescheitert betrachtet werden. Die Industrie ebenso wie der Handel protestieren gegen diese unfürnige Agrarierpolitik. Luther schrieb im Namen der Reichsbank einen Bittensbrief an die Regierung. Die Agrarier schlugen sich und die Regierung der nationalen Konzentration steht klammernd vor einem brüllenden kapitalistischen Interessentenhausen, der nicht unter einen Hut zu bringen ist. Einmal wird nicht vor Wahlen, so würde das Baronschicht heute schon gegeben, daß die Kontingentierungspolitik sowohl am Widerstand des Auslandes wie der deutschen Industrie gescheitert ist. Schon wissen die bürgerlichen Wähler zu melden, daß der Staat darum bis in die Regierung hineinmacht und daß „eigentlich nur durch eine Umbildung die Einigkeit der Regierung wiederhergestellt werden könnte. Das aber wird man vor den Wahlen auf jeden Fall vermeiden...“

Sollen hat sich der Bankrott einer Regierung so rasch ausbreitet wie die Wirtschaftspolitik dieser Baperei. Das Schlimmste: der außenpolitische Schaden bleibt; er läßt sich nicht wieder gutmachen und wird dem deutschen Volke über den Kopf hinweg. Ein auch nur halbwegs funktionierendes Parlament hätte diesen sinnlosen Mummel verhindert. Das Parlament, das sich seit Wochen um die Kontingentierungspolitik dreht, pflegt unter parlamentarischen Regime im Parlament abgemacht zu werden. Ob Gegenstände zu überlegen, ob ein politischer Gedanke durchführbar ist oder nicht, das zeigt sich meist schon in den Ausschüssen.

Wer ist jetzt eigentlich mit diesem Kabinett zufrieden? Nur Sandvöll Agrarier, sonst niemand. Das Ganze nennt sich „nationale Konzentration“ und autoritäre Regierung.

Zur die hilflosesten Versuche kapitalistischer Klassen sind immer die kühnsten Worte gefunden worden.

Deutschlands glänzende Isolierung

Den außenpolitischen Bankrott braucht man schon nicht mehr zu beweisen. Die Tomatenkommission fährt in der Welt umher und sammelt Körbe. Italien, das bisher aus Angst vor Frankreichs Rüstungen ab und zu an der Seite Deutschlands zu sehen war, rückt jetzt vom Land der Dichter und Denker ab und hat nahezu alle Handelsbeziehungen zu uns abgebrochen.

Inzwischen geht die Weltgeschichte, gehen die Annäherungen anderer Völker weiter. Rußland hat sich mit Japan verständigt und braucht die Anerkennung an Deutschland weniger denn je. Frankreich steht in handelspolitischen Verhandlungen mit Moskau und gleicht die Spannung zwischen Polen und Rußland aus. Bürgerliche Blätter melden von einer französisch-spanischen Annäherung. Macdonald hat in seiner Rede am Montag in Anwesenheit aller Kabinettsmitglieder erklärt, er könne den Grund der deutschen Weigerung, nach Genf zu gehen, nur schwer verstehen. Welches Land steht eigentlich noch auf deutscher Seite? Soweit im Umkreis zu sehen ist: keins! Was die deutsche Demokratie in zehn Jahren mühevoller Verhandlungen an Vertrauen außerhalb der schwarzrotgoldenen Grenzpfähle erworben, das hat die Voren-ierung in wenigen Monaten zerstört. Wir brauchen nicht mehr lange zu warten, und die Einkreisung Deutschlands dürfte so vollendet sein — wie im August 1914. Inzwischen redet Bapen, redet, redet viel und sagt nichts, inzwischen wird die Ausfuhr gedrosselt, die Löhne werden gesenkt und die Sittlichkeit gehoben. Anzwischen sammeln sich ein Zünd- und Stichtoff an, der zu Explosionen führen muß. Bei einem auch nur mittelmäßig funktionierenden Parlamentarismus wären die größten Dummheiten dieser „neuen Staatsführung“ bestimmt unmöglich gewesen.

Eroberungen der Demokratie

Wenn das deutsche Volk noch Augen hat, zu sehen, und Ohren zu hören, dann muß dieser Ansehungsunterricht vielen derer die Augen öffnen, die dem billigen Geschwätz vom „Verlagen der Demokratie“ erlagen. Zumal dieser vielgeschmähen Demokratie heute selbst eine Partei buldigen muß, die einst auszog, um den Parlamentarismus zu töten. Man weiß, welche Anstrengungen Opfer schon vor der letzten Reichstagsauflösung machte, um eine Koalitionsregierung

mit dem Zentrum zustande zu bringen. Man weiß, wie sich die Nazis zu Hütern der Verfassung, des Volkswillens und damit der Demokratie aufwarfen. Nach der kommenden Reichstagswahl werden diese Bemühungen um eine Koalitionsbeteiligung noch stärker in Erscheinung treten. Adolf Goebbels' Blatt brachte am Sonnabend einen Artikel, in dem es hieß:

„Wenn selbst bei der äußersten Anstrengung jetzt noch kein voller Sieg der nationalsozialistischen Bewegung erreicht werden kann, dann muß wenigstens die Bahn frei bleiben, die ein Zusammengehen, eine Majoritätsbildung zwischen den Nationalsozialisten und, wenn es erforderlich ist, dem Zentrum nicht unmöglich macht.“

Aus ist es mit dem Kampf gegen die „Schwarze Pest“, aus mit dem Dritten Reich, aus mit dem Geschimpfe auf die Demokratie. Bapen hat ausnahmsweise einmal recht, wenn er in seiner Münchner Rede den Nazis vorwarf:

Man kann eben nicht auf der einen Seite Waffen und Majoritäten mitleidlos betachten, wie es Hitler tut, und auf der anderen Seite sich der Parlementsdemokratie so unterwerfen...“

Doch, man kann es, wie figura zeigt. Es braucht nur über den breit und fett gewordenen Bunde der Naziführer hinweg eine „autoritäre Regierung“ in den Sattel zu steigen, eine halbe Diktatur zu errichten und die Nazis auszuschalten — und sofort brüllt der ganze Hitler-Corpus über Vergewaltigung der Volkmeinung, der Verfassung und des Parlaments. Es brauchte nur eine andere Minderheit das beabsichtigte Nazierperiment vorzunehmen, und sofort besinnt sich die ganze nationalsozialistische Demagogensalbe auf die Vorzüge der Demokratie. An allen Plakatkäulen appellieren sie an Hindenburg, fragen ihn, warum er der gewählten Reichstagsmehrheit von Nazis und Zentrum die Regierungsbildung verweigerte. Das werden sie nicht wieder los, und man darf sagen, daß die demokratische Idee damit einen Triumph feiert, den in diesen Zeiten niemand erwartete.

Das Proletariat hat an der bürgerlichen Formaldemokratie sehr viel auszuheben und hat die Grenzen dieser Demokratie zu kosten bekommen; es weiß aber auch, wie gern die bürgerlichen Parteien von den Entscheidungen des Volkswillens los möchten. Jedoch, wenn nicht alle Feinden trügen und der denkschwächerliche Dilettantismus der Baperei nicht im Bürgerkrieg endigt, so werden selbst die bürgerlichen Parteien in nicht allzu ferner Zeit nach dem Parlament und gültigen parlamentarischen Entscheidungen schreien. R. G.

Verhaftungen in Schlesien

Ist man den Terrorgruppen endlich auf der Spur?! — Fememörder Heines schwer belastet

Bei Redaktionsbesuch geht und folgende Meldung zu:
 Breslau, 18. Oktober. (Eig. Funkdruck.) Im Laufe des Monats wurden in Götlich etwa 15 bis 18 Angehörige der SA. und SS. aus bisher noch nicht zuverlässig bekannten Gründen festgenommen. Da Verdunkelungsgefahr besteht, lehnt die Götlicher Oberstaatsanwaltschaft hordeshand Maßnahmen über die Verhaftungen ab. Wie hierzu gerichtsweise verlaute, stehen die plötzlich erfolgten Festnahmen im Zusammenhang mit den immer noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen in Sachen des Handgranatenüberfalls, der Mitte August in Reichensbach auf den sozialdemokratischen Redakteur Paschke verübt wurde. Es soll gelungen sein, einer nationalsozialistischen Terrorgruppe auf die Spur zu kommen, von der nicht nur das Attentat auf Paschke, sondern fast sämtliche anderen Feuerüberfälle und Gewaltakte der Polenkreuzler im Bezirk Liegnitz und Breslau ausgeführt wurden.

Wie es weiter heißt, sollen mehrere prominente Mitglieder des schlesischen Adels und Großbesitzes in diese Angelegenheit verwickelt sein

Außerordentlich schwer belastendes Material soll, so hört man u. a., auch gegen den Geschäftsführer der schlesischen SA., den verhaftigten Fememörder Heines, vorliegen. Es dürfte als kaum zu rechnen sein, daß hier außerordentlich interessante politische Zusammenhänge aufgedeckt werden.

Außer in Götlich wurden, so teilt die Breslauer Justizpressestelle mit, auch in anderen Orten Schlesiens zahlreiche SA.-Leute verhaftet, die unter dem Verdacht stehen, an den Terrorakten und Heberfällen im August dieses Jahres beteiligt gewesen zu sein. Die damals in den mittelschlesischen Kreisen erfolgten Gewaltakte, u. a. der Heberfall auf Paschke und auf den SA.-Führer Dr. Götstein in Breslau, sind fast restlos geklärt. Drei unter dem Verdacht der Mittäterschaft an dem Götstein-Attentat verhaftete Nationalsozialisten konnten wieder entlassen werden.

Nur nicht drängeln!

Als Herr Köhm Angst bekam vor seinen eigenen nationalsozialistischen Deuten, sah er sich nach anständigen und vertrauenswürdigen Leuten in Deutschland um, denen er sich offenbaren konnte, und dann flüchtete er zu dem Reichshammerführer Major Mayr.

Der Stahlhelmführer Ritter von Denz polemisierte auf einer Stahlhelmskundgebung in München zur Hindenburgfeier heftig gegen die Dolchstoßpolitik des Polenkreuzes, und dann sprach er: „Er scheue auch nicht zurück, gegebenenfalls Schulter an Schulter mit dem Reichsbannermann zu stehen, denn es gehe hier immer um Deutschland, nie um die Partei.“

Erst Herr Köhm, dann der Ritter von Denz — es ist ein merkwürdiger Zug zu dem Reichsbanner. Nur nicht drängeln, meine Herren!

Die Tomatenkommission

Die Kontingentierungspolitik Bapens führt auf den härtesten Widerstand der Nachbarstaaten.



Nichts als Körbe? — Sofort muß die Einfuhr von Körben kontingentiert werden.